

Machtverschiebung in Richtung Asien? China als globaler Investor

Noesselt, Nele

Veröffentlichungsversion / Published Version
Zeitschriftenartikel / journal article

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:
GIGA German Institute of Global and Area Studies

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Noesselt, N. (2014). Machtverschiebung in Richtung Asien? China als globaler Investor. *Aus Politik und Zeitgeschichte : Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament*, 64(40-41), 35-40. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-54911-0>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY-NC-ND Lizenz (Namensnennung-Nicht-kommerziell-Keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier:
<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/3.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY-NC-ND Licence (Attribution-Non Commercial-NoDerivatives). For more information see:
<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/3.0>

Machtverschiebung in Richtung Asien? China als globaler Investor

Während infolge der globalen Banken- und Finanzkrise ab 2007/2008 die USA wie auch die europäischen Staaten extreme Einbrüche ihres Wirtschaftswachstums zu verzeichnen

Nele Noesselt

Dr. phil., Dr. phil. (Sinologie; Politikwissenschaft); geb. 1982; Wissenschaftliche Mitarbeiterin am GIGA Institut für Asien-Studien, Sprecherin des Forschungsteams „Vergleichen-de Regionalismusforschung“, Rothenbaumchaussee 32, 20148 Hamburg.
nele.noesselt@giga-hamburg.de

hatten, notierten die asiatischen Ökonomien weiterhin relativ hohe Zuwachsraten. Hatte bis Mitte der 1990er Jahren der rapide ökonomische Aufstieg der südost-asiatischen Tigerstaaten die westliche Welt

in Atem gehalten, so ist es heute China, dessen Zugewinn an ökonomischer und monetärer Macht mit Faszination und zugleich großen Bedenken verfolgt wird. Die Volksrepublik, die seit 2009 Deutschland als weltweit führende Exportnation und wenig später Japan als zweitgrößte Volkswirtschaft abgelöst hat, ist neuesten Hochrechnungen der Weltbank zufolge auf dem Sprung, die USA in den kommenden Jahren – und damit sehr viel früher als bislang erwartet – an der Spitze der Weltwirtschaft einzuholen.¹

Die Reform- und Öffnungspolitik, die mit den Beschlüssen des 3. Plenums des 11. Zentralkomitees 1978 eingeleitet worden war, hat damit nun, so scheint es, den von chinesischer Seite lange erhofften Erfolg gebracht. Deng Xiaoping, der Ideengeber der chinesischen Wirtschaftsreformen, hatte damals formuliert, dass die chinesische Entwicklungsstrategie zunächst einmal die Steigerung der chinesischen Wirtschaftskraft in den Mittelpunkt zu stellen habe. Ideologische Ziele wurden pragmatischen Modernisierungsbestrebungen untergeordnet. China hat seitdem nicht nur seine relative ökonomische Macht ausbau-

en können, sondern hat seit 2007/2008 zudem eine Transformation von einem Kapitalempfängerland zu einem Kapitalgeberland durchlaufen. Durch die Handelstransaktionen mit den euro-atlantischen Volkswirtschaften verfügt China mittlerweile über die weltweit größten Devisenreserven – Kapital, das es nun seinerseits im Ausland investieren kann.

Während nach Beginn der globalen Banken- und Finanzkrise weltweit ein deutlicher Rückgang an Investitionen verzeichnet wurde, und insbesondere die USA und Europa in ihrer Investitionspolitik große Zurückhaltung an den Tag legten, verdoppelten chinesische Unternehmen ihre Investitionen und wandten sich dabei verstärkt den Staaten und Regionen außerhalb Asiens zu. 2011, gerade einmal vier Jahre nach Ausbruch der Krise, avancierte die Volksrepublik weltweit gesehen zum sechstgrößten Investor (unter Einbeziehung Hongkongs, dem nach der Formel „ein Land, zwei Systeme“ ein Sonderstatus im chinesischen System zukommt, sogar zum zweitgrößten).² 2013 ist China bereits zum weltweit drittgrößten Investor aufgestiegen (hinter den USA und Japan).³ Während das chinesische Wirtschaftswachstum sich insgesamt abschwächte und nach jahrelang zweistelligen Wachstumsraten gegenwärtig bei etwa sieben Prozent jährlicher Steigerung liegt, so ist es nun die Zurschaustellung der chinesischen Finanzmacht, die zur neuen Wahrnehmung Chinas als zentraler Mitgestalter des internationalen (Finanz-)Systems beiträgt.

Allein, aber auch im Verbund des BRICS-Netzwerkes – eines interregionalen Zusammenschlusses der aufsteigenden Ökonomien des „Globalen Südens“, das 2009 als Viererbündnis von Brasilien, Russland, Indien und China ins Leben gerufen und später um Südafrika erweitert wurde – tritt China für eine Reform der internationalen Währungs- und

¹ Vgl. The World Bank, *Purchasing Power Parities and Real Expenditures of World Economies*, Washington, DC 2014, <http://siteresources.worldbank.org/ICPINT/Resources/270056-1183395201801/Summary-of-Results-and-Findings-of-the-2011-International-Comparison-Program.pdf> (28.8.2014).

² Vgl. Yun Schüler-Zhou/Margot Schüller/Michel Clement, *Internationalisierung chinesischer Unternehmen*, in: *Die Betriebswirtschaft*, 73 (2013) 5, S. 361–378.

³ Vgl. UNCTAD *World Investment Report 2014*, New York–Genf 2014, S. XV.

Finanzordnung ein. Daraus folgt die Forderung, sowohl die Bretton-Woods-Institutionen (Internationaler Währungsfonds und Weltbank) grundlegend neu zu organisieren, als auch die bislang auf den US-Dollar gestützte globale Währungsordnung zu restrukturieren.

Die Umsetzung der 2010 vereinbarten Reformen des Internationalen Währungsfonds (IWF) steht weiterhin aus. Diese sehen eine Umverteilung von Anteilen und Stimmrechten vor, durch die China zum drittgrößten Anteilseigner des IWF aufsteigen würde. Parallel zu den Vorstößen, die bestehenden internationalen Währungs- und Finanzinstitutionen zu restrukturieren, verfolgen die BRICS-Staaten die Strategie, über die Schaffung eigener Institutionen Alternativstrukturen aufzubauen. Auf dem Gipfeltreffen der BRICS-Staaten 2014 im brasilianischen Fortaleza wurde nach langen Vorbereitungen eine BRICS-Entwicklungsbank gegründet, die ihren Sitz in Shanghai haben wird – und für welche der chinesische Renminbi eine nicht unwesentliche Rolle spielen dürfte.

Inwiefern aber bedeutet dieser weithin sichtbare ökonomische und monetäre Bedeutungsgewinn der Volksrepublik China eine Verlagerung der Gravitationszentren der Weltpolitik in Richtung der BRICS-Staaten oder aber sogar exklusiv in Richtung Asien? Tritt die Weltpolitik nun in ein „Asiatisches Jahrhundert“ ein, in dem sich die Interdependenzen zu Gunsten der asiatischen Ökonomien verschieben?

Chinas Rolle im globalen Währungs- und Finanzsystem

Machtverhältnisse lassen sich in einem verflochtenen, globalisierten Weltsystem nicht nur in eine Richtung beschreiben. Dass China gegenwärtig im Besitz der weltweit größten US-Dollar-Reserven ist, verleiht ihm auf der einen Seite ungeahnte Verhandlungsmacht in der Weltpolitik. Auf der anderen Seite muss China im Sinne der Wertsicherung seiner Devisenreserven daran interessiert sein, den US-Dollar zu stabilisieren und seine Absatzmärkte in den USA und Europa zu erhalten. Denn die chinesische Wirtschaft ist auch weiterhin primär exportorientiert; auch die 2007/2008 eingeleiteten Umsteue-

rungsmaßnahmen zur Stärkung der chinesischen Binnennachfrage haben daran bislang wenig zu ändern vermocht. Der Versuch, einen Teil der chinesischen Devisenreserven in Euro zu konvertieren und dadurch die Gefahr einer „Ansteckung“ durch die US-Krise zu verringern, hat letztendlich dazu geführt, dass sich die Volksrepublik China nun in ihrem eigenen Interesse dazu gezwungen sieht, in den USA wie auch in der Eurozone stabilisierend einzugreifen.

Zwei Szenarien dominieren derzeit die internationale Chinaperzeption: Zum einen wird die Volksrepublik China als wichtiger Stabilisator des internationalen Systems gesehen, von dem eingefordert wird, sich mit seinen Devisenreserven im Rahmen einer kooperativen Wirtschafts- und Währungspolitik an einer Aufrechterhaltung der bestehenden Institutionenordnung und der Liquiditätssicherung im globalen System zu beteiligen. Zum anderen aber wird Chinas ökonomisch-monetärer Bedeutungsgewinn als Herausforderung der Machtverteilung im internationalen System und Infragestellung der etablierten Normen- und Regelwerke durch einen „asiatischen“ und zugleich „sozialistischen“ Akteur interpretiert. Diese Debatte über Chinas ökonomische und währungspolitische Stärke erinnert an die Diskussionen, die in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts Japans Aufstieg zu einer führenden Industrie- und Technologienation begleiteten. Anklagen der Verletzung intellektueller Eigentumsrechte, unlauterer Wettbewerbspraktiken sowie der Unterbewertung der japanischen Währung wurden damals wiederholt von euro-atlantischer Seite gegenüber Japan erhoben[†] – heute finden sich diese Vorwürfe erneut, diesmal allerdings an China adressiert. Die Tatsache, dass Indien, der zweite asiatische Wirtschaftsgigant, eher selten mit entsprechenden Bedrohungsszenarien verknüpft wird, verdeutlicht einmal mehr, dass China als asiatisch-sozialistischer Akteur in Opposition zum Westen, Indien hingegen als moderne Demokratie in Anlehnung an eine westlich-liberale Ordnung imaginiert wird.

[†] Zur Wahrnehmung Japans als Herausforderer der ökonomischen Führungsposition der USA vgl. Henry Wai-Chung Yeung, *The Rise of East Asia: The Emerging Challenge to the Study of International Political Economy*, in: Mark Blyth (Hrsg.), *Routledge Handbook of International Political Economy*, New York 2009, S. 202 ff.

Einer empirischen Prüfung dürften diese stereotypen Vorannahmen allerdings nur sehr bedingt standhalten. Denn die Volksrepublik China steht zwar formal für ein sozialistisches Einparteiensystem mit zentralstaatlicher Planung, im Wirtschaftsbereich aber hat eine weitreichende Liberalisierung Einzug gehalten, die durch die Beschlüsse des 3. Plenums des 18. Zentralkomitees (November 2013) noch weiter ausgebaut werden soll. In Zukunft soll der Markt eine zentrale Rolle bei der Allokation von Ressourcen spielen; die Macht der großen Staatsunternehmen hingegen soll weiter beschnitten werden. Im Wirtschaftssektor ist folglich eine starke Ausrichtung an kapitalistischen Funktionsmechanismen zu konstatieren. Die in offiziellen Stellungnahmen der Kommunistischen Partei Chinas weiterhin zu findende rhetorische Bezugnahme auf sozialistische Prinzipien wirkt sich nicht in der aktiven Ausgestaltung der chinesischen Außen(wirtschafts)politik aus, sondern dient primär der systeminternen Legitimierung des politischen Einparteiensystems. Der antizipierte Systemantagonismus und der Wettstreit um die globale ökonomische und politische Vorherrschaft, die auf die zukünftigen Konstellationen zwischen den beiden wichtigsten Volkswirtschaften, USA und China, projiziert werden, wären damit Ausdruck eines Konfliktes zwischen zwei Ausprägungen des Kapitalismus – und nicht, wie oft oberflächlich angenommen, zwischen sozialistischer Planwirtschaft und westlich-liberalem Marktsystem.

Chinesische Auslandsinvestitionen

Wenn aber die Wahrnehmung Chinas als globalem Akteur primär auf Wunsch- beziehungsweise Bedrohungswahrnehmungen beruht, so ist es unverzichtbar, die Narrative eines „Ausverkaufs der Welt“ an chinesische Investoren einmal kritisch zu beleuchten und empirisch zu überprüfen.

Neu an der chinesischen Investitionspolitik ist, dass diese nun nicht länger allein die nachholenden Ökonomien in Afrika, Asien und Lateinamerika zum Ziel hat, sondern verstärkt Investitionsaktivitäten in den USA wie auch in Europa zu verzeichnen sind. So stiegen die chinesischen Direktinvestitionen in Europa im Zuge der globalen Banken- und Finanzkrise sprunghaft an. Es sind bislang jedoch nur Einzelprojekte, die stellvertretend

für Chinas neue Investitionsstrategie in der Öffentlichkeit wahrgenommen und diskutiert worden sind: So die Investitionen des chinesischen Containerunternehmens Cosco in den Hafen von Piräus, die Übernahme des bayerischen Maschinenbauunternehmens Waldrich Coburg oder aber der Kauf von Volvo.

Die chinesischen Unternehmen hatten einerseits die besonders krisengeschüttelten südeuropäischen Staaten im Blick, andererseits aber entdeckten sie die Staaten Mittel- und Osteuropas für sich. Im September 2012 wurde in Peking ein neues Sekretariat für die (Handels-)Beziehungen mit dieser Staatengruppe eingerichtet, was die Sonderstellung dieser europäischen Teilregion in der chinesischen Außenwirtschaftsstrategie deutlich erkennen lässt. Betrogen die chinesischen Investitionen in Mittel- und Osteuropa im Jahr 2004 gerade einmal 44 Millionen US-Dollar, so vervielfachten sich diese bis 2010 auf 821 Millionen US-Dollar.¹⁵ Ende 2011 belief sich das Gesamtvolumen der chinesischen Auslandsinvestitionen auf 74,65 Milliarden US-Dollar. Vergleicht man dies mit dem Stand von 2003 – damals betrug das Gesamtvolumen der chinesischen Investitionen 2,9 Milliarden US-Dollar – wird deutlich, dass die Volksrepublik unter der vierten Führungsgeneration eine erfolgreiche Internationalisierung ihrer Wirtschaftsaktivitäten eingeleitet hat. Allein in Deutschland investierten chinesische Unternehmen 2011 1,2 Milliarden Euro in Unternehmensneugründungen und Unternehmensübernahmen (Vergleichswert 1998: 148 Millionen Euro).¹⁶

Drei Hauptmotivationen des neuen globalen Engagements der restrukturierten chinesischen (Staats-)Unternehmen lassen sich festhalten: Zum einen wertet die erfolgreiche Behauptung dieser Unternehmen im Ausland das Firmenimage auf den heimischen Märkten auf. Zum anderen aber erhalten diese über ihre neue Investitionspolitik Zugang zu höherwertigen Technologien und können sich mitunter zusätzlich durch die Übernahme international renommierter westlicher Marken international wie national noch erfolgreicher positionieren.

¹⁵ Vgl. Marta Golonka, *Partners or Rivals? Chinese Investments in Central and Eastern Europe*, Warschau 2012, S. 21.

¹⁶ Vgl. Margot Schüller, *Deutschland und China: Wahrnehmung und Realität*, Berlin 2014, S. 101.

Während die chinesischen Investitionen in den europäischen Staaten einen permanenten Anstieg verzeichnen, sind die Investitionsströme in Richtung USA mitunter extremen Schwankungen unterworfen. So gingen die Investitionen chinesischer Unternehmen in den USA 2012 kurzfristig um 36 Prozent zurück, verdoppelten sich jedoch 2013. Privatunternehmen waren mit 80 Prozent aller Transaktionen die Hauptakteure dieser neuen Investitionswelle.¹⁷ Zwar hatten diese bereits in den vergangenen Jahren etwa 70 Prozent aller chinesischen Investitionen in den USA getätigt, aber gemessen am Gesamtvolumen der Transaktionen war der Bärenanteil der chinesischen Investitionen dank besonderer Förderung und erleichterten Zugängen zu Krediten bislang auf Staatsunternehmen entfallen. Seit 2012 sind die Investitionen chinesischer Staatsunternehmen in den USA jedoch rückläufig. Hintergrund sind nicht zuletzt die veränderten Rahmenbedingungen in China, die durch die Reformbeschlüsse des 3. Plenums 2013 zementiert wurden. Mit der Zunahme marktbasierter Preise und dem Abbau von Subventionen ist es nun für chinesische Privatunternehmen in bestimmten Branchen durchaus attraktiv geworden, neue Produktionsstätten in den USA zu gründen, da diese mitunter für Neugründungen durchaus attraktive Startbedingungen bieten. Neben den klassischen Investitionszielen in den Bereichen der Hochtechnologien und der traditionellen Energiebranche zielten die neu getätigten chinesischen Investitionen insbesondere auf den Bereich der Nahrungsmittelindustrie, den Büroimmobiliensektor, den Gesundheitssektor sowie neue Energien ab.¹⁸

Die chinesischen (Privat-)Investitionen in den USA haben nicht zu einem Ausverkauf geführt, sondern Arbeitsplätze stabilisiert und auch neue geschaffen. Das Bedrohungsszenario einer globalen „gelben Gefahr“ – ein Terminus, der eine deutlich neokoloniale Färbung aufweist – ist damit empirisch nicht haltbar. Auch mit Blick auf den Euroraum scheinen die Debatten über die Risiken chinesischer Investitionen gegenwärtig stark überzogen, wenn

man bedenkt, dass diese je nach zugrunde gelegter Hochrechnung gerade einmal zwischen einem und fünf Prozent der gesamten im Euroraum getätigten Investitionen ausmachen.

Monetäre Macht: Internationalisierung des Renminbi

Während chinesische Investitionen in Europa und den USA als symbolischer Indikator eines weltpolitischen Wandels gesehen werden, der ein Ende der weltpolitischen Vormachtstellung der USA zur Folge haben könnte, werden andere Dimensionen der neuen „monetären“ Macht Chinas aus den Betrachtungen weitgehend ausgeklammert. Weitaus relevanter für die weltpolitische Bedeutung Chinas als die Investitionen (privater) chinesischer Wirtschaftsunternehmen ist die Stellung der chinesischen Währung im internationalen Währungs- und Finanzsystem.

Der Internationalisierungsgrad einer nationalen Währung lässt sich an drei Kriterien bemessen: Sie wird als Recheneinheit verwendet, als Tauschmittel im grenzüberschreitenden Handel eingesetzt, und nicht zuletzt dient sie als Geldanlage und Reservewährung. Gemäß diesen Kriterien steht dem chinesischen Renminbi noch ein langer Weg bevor, bis er sich international behaupten können wird. Allerdings zeichnet sich bereits ein erster Bedeutungsgewinn des Renminbi im internationalen Handel ab. Im Ranking der internationalen Zahlungsmittel kam er im Januar 2013 auf Platz 13, bis April 2014 konnte er bereits auf Platz 7 aufschließen.¹⁹

Ein aktiver Schritt zur Internationalisierung des Renminbi fand sich mit der Eröffnung eines ersten Offshore-Renminbi-Zentrums in Hongkong, über das 2014 mit 72,4 Prozent der größte Teil des Renminbi-Handels abgewickelt wurde. Seit Juli 2012 sind auch London (2014: 5,9 Prozent des Renminbi-Handels) und Singapur (2014: 6,8 Prozent des Renminbi-Handels) zu Umschlagzentren ausgebaut worden; in Frankfurt am Main wurde 2014 das erste europäische Clearing-Center für den Renminbi-Handel eröffnet.

¹⁷ Vgl. Thilo Hanemann/Cassie Gao, Chinese FDI in the US: 2013 Recap and 2014 Outlook, 7.1.2014, <http://rhg.com/notes/chinese-fdi-in-the-us-2013-recap-and-2014-outlook> (28. 8. 2014).

¹⁸ Vgl. dies., Chinese FDI in the United States: Q2 2014 Update, 25. 7. 2014, <http://rhg.com/notes/chinese-fdi-in-the-united-states-q2-2014-update> (28. 8. 2014).

¹⁹ Für das Ranking der nationalen Währungen (und des Renminbi) im internationalen Zahlungsverkehr vgl. die Berichte der Society for Worldwide Interbank Financial Telecommunication (SWIFT).

Die Internationalisierung des chinesischen Renminbi ist dabei nicht mit einem Marktautomatismus zu verwechseln, der auf der (fehlerhaften) Annahme beruhen würde, dass mit dem Status als Wirtschaftsmacht – China ist derzeit nach den USA weltweit die Nummer zwei – auch ein Bedeutungsgewinn der nationalen Währung als Referenzwährung im globalen System einherzugehen habe. Der chinesische Renminbi ist nicht frei konvertierbar, sein Kurs wird von der chinesischen Zentralbank festgesetzt und schwankt seit 2005 um einen künstlich bestimmten Referenzwert, der an einen handelsbasierten Währungskorb gebunden ist. Kritiker werfen China vor, den Renminbi gezielt unterzubewerten, um so einen strategischen Wettbewerbsvorteil zu erzielen – dass der Renminbi 2005 sukzessive aufgewertet worden ist, wird hierbei allerdings ausgeblendet. Diese latente Kritik an der chinesischen (Finanz-)Politik unterhöhlt das Vertrauen in den Renminbi als „internationale“ Währung.

Eine langfristig kalkulierte Strategie und Policy-Formulierung, die von der Zentralregierung gemeinsam mit ihren Beratern entwickelt wurde, ist der Kern der mittlerweile deutlich sichtbaren chinesischen Währungsinternationalisierung. Dabei baut ein experimenteller Schritt jeweils auf dem vorherigen auf: Seit 1993 hat China bilaterale Vereinbarungen zum Zahlungsverkehr ausgehandelt – zunächst mit seinen Nachbarstaaten und regionalen Handelspartnern, doch 2013 unterhielt China bereits 22 *Swap-currency*-Abkommen, auch mit Staaten außerhalb der Region Asien-Pazifik.¹⁰ Zusätzlich hat China ein Freihandelsabkommen mit der Gruppe der ASEAN-Staaten und der Schweiz geschlossen, mit der EU laufen noch Verhandlungen. Immerhin einigten sich China und die EU bereits auf den Abschluss eines Swap-Abkommens, das zunächst für eine Dauer von drei Jahren die Option des bilateralen Währungstausches fixiert. Die Europäische Zentralbank stellt dafür 45 Milliarden Euro zur Verfügung, die chinesische Zentralbank im Gegenzug 350 Milliarden

¹⁰ Vgl. Liao Steven/Daniel E. McDowell, *Redback Rising: China's Bilateral Swap Agreements and RMB Internationalization*, o.O. 2013, http://faculty.maxwell.syr.edu/dmcdowell/Redback_Rising_McDowell_Liao.pdf (28.8.2014).

Renminbi.¹¹ Es handelt sich damit um das zweitgrößte Swap-Abkommen Chinas mit einem externen Partner und wird vom Volumen her nur von dem bilateralen Abkommen zwischen China und Südkorea übertroffen. Während der Renminbi lange Zeit nur über ausgewählte Offshore-Zentren gehandelt werden durfte, wurde 2013 die Errichtung der ersten Onshore-Freihandelszone in Shanghai beschlossen. Diese umfasst den Stadtbezirk Pudong sowie Teile des Freihafens und bietet auf einer Fläche von 26 Quadratkilometern Steuererleichterungen für die ansässigen Firmen ebenso wie die freie Konvertierbarkeit des Renminbi. Die Eröffnung von Onshore-Freihandelszonen gilt in ihrer Bedeutung für die Internationalisierung Chinas als vergleichbar mit der Eröffnung der ersten Sonderwirtschaftszone in Shenzhen, in der China Anfang der 1980er Jahre die ersten Freifeldversuche mit Elementen der kapitalistischen Marktwirtschaft unternahm.¹²

Seit März 2009, als der Leiter der chinesischen Zentralbank, Zhou Xiaochuan, die Forderung nach einer neuen supranationalen Leitwährung und der Ablösung des US-Dollars artikulierte, wird China als Herausforderer der bestehenden Finanz- und Währungsordnung wahrgenommen. Als neues Bedrohungsszenario hatte sich damals das Bild eines unaufhaltbaren Aufstiegs der Volksrepublik zum alleinigen Macht- und Koordinationszentrum der Welt(finanz)politik festgesetzt. Kaum fünf Jahre später jedoch, im Jahr 2014, findet in der internationalen Debatte das Szenario einer drohenden Destabilisierung der chinesischen Wirtschafts- und Finanzstrukturen und einer Schwächung der monetären Macht Chinas offensichtlichen Widerhall.

Machtpolitische Kontroversen der „G2“

Das Treffen der G20-Finanzminister und Zentralbankchefs im Februar 2014 in Sydney verdeutlicht exemplarisch die Konfliktlinien in

¹¹ Vgl. Europäische Zentralbank, Pressemitteilung vom 10.10.2013, ECB and the People's Bank of China Establish a Bilateral Currency Swap Agreement, www.ecb.europa.eu/press/pr/date/2013/html/pr131010.en.html (28.8.2014).

¹² Vgl. News analysis: Shanghai FTZ Outlines Roadmap of China's New Reform Drive, 29.9.2013, http://news.xinhuanet.com/english/indepth/2013-09/29/c_132761883.htm (28.8.2014).

der internationalen Finanz(neu)ordnung. Die Vertreter Chinas und der USA lieferten sich ein erbittertes Wortgefecht, das sich um die Frage drehte, wie stabil die Ökonomien und Finanzsysteme der beiden Länder einzuschätzen seien. Die Amerikaner forderten von den Chinesen weitreichende Reformen und Strukturmaßnahmen nach neoliberalen Vorbild und kritisierten, dass die Volksrepublik bislang nicht den von den USA erhofften Kurs eingeschlagen habe. Im Gegenschlag verwies China auf den Reformstau in den USA und prangerte die Praxis, die Verschuldung durch ein, der Anklage nach, zügelloses Drucken von US-Dollarnoten aufzufangen, entschieden an.

Ein ähnlicher Zweikampf fand mit Blick auf das Schattenbankwesen statt. Hier unterstrich die chinesische Seite, dass auch in den USA und Europa abstrakte Schattenstrukturen mit hohem Krisenpotenzial erwachsen seien, die sich nicht so einfach wie ein „reales“ Schattenbankensystem bekämpfen ließen.¹³ So benannte der Zentralbankleiter Zhou Xiaochuan Letzteres zwar als eine Herausforderung, doch relativierte er die Bedrohungsgefahr, die von diesem für China ausgehen könnte. Ebenso trat er Spekulationen über eine mögliche Überhitzung des chinesischen Wirtschaftswachstums entgegen, indem er betonte, dass China derzeit ein moderates Wirtschaftswachstum von sieben bis acht Prozent anstrebe.¹⁴ In der internationalen Chinabeobachtung wird das Schattenbankensystem des Landes jedoch bereits als Pendant zur US-Hypothekenblase gehandelt. Leasingfirmen, Trusts, Versicherungen

und private Pfandleiher, die sich dem direkten Zugriff und der Kontrolle des Zentralstaates entziehen und sich in ihrem Agieren keinerlei Stabilitätskriterien verpflichtet fühlen, sind allesamt Teil dieses außerhalb der offiziellen Regularien operierenden Systems.

Die Einschätzungen zur globalen Rolle Chinas – verstanden als abstrakte Machtposition in einem globalisierten internationalen System – sind, wie die neuerliche Skepsis hinsichtlich der langfristigen Stabilität des chinesischen Systems verdeutlicht, nicht statisch. Vielmehr unterliegen sie konjunkturellen Schwankungen. In Zeiten, da die euro-atlantische Staatenwelt in eine Krise gerät, kommt es zunächst zu einer Hinterfragung der bisherigen Strukturen und Praktiken, zu einer Suche nach den Ursachen der Krise und möglichen Wegen, aus dieser ohne allzu hohe Kosten und Verluste herauszukommen. Sofern eine solche Krise jedoch keinen unmittelbaren Systemzusammenbruch nach sich zieht, erfolgt innerhalb relativ kurzer Zeit die Rückkehr zu den alten, etablierten Strukturen und Verfahren.

China wird in den kommenden Jahren einerseits versuchen, seine sozioökonomischen Strukturen im nationalen Kontext zu konsolidieren, andererseits aber an seiner Strategie der aktiven Positionierung im internationalen Handels- und Finanzsystem festhalten. Diese Internationalisierungsstrategie umfasst eine regionale und eine globale Komponente. Obgleich die USA gegenwärtig nach Hongkong zum zweitwichtigsten Ziel für chinesische Direktinvestitionen geworden sind, ist China doch parallel darum bemüht, seinen Einfluss in der Region (Süd-)Ostasien, dem „strategischen Hinterhof“ Chinas, aufrechtzuerhalten. China beteiligt sich aktiv an den Wirtschafts- und Finanzkooperationsprojekten mit den ASEAN-Staaten und tritt auch hier als an Bedeutung und Macht gewinnender Investor in Erscheinung.

Südostasien wird damit zu einer Zielregion westlicher und chinesischer Wirtschaft und Politik. Bei der Interaktion der europäischen Staaten mit dieser Teilregion Asiens sind folglich die Akteure USA und China und ihre Interaktionen als „unsichtbare“ Faktoren zwingend einzukalkulieren.

¹³ Vgl. China, US Argue Economic Reform at G20 Meeting, 26.2.2014, <http://english.people.com.cn/98649/8546831.html> (28.8.2014). Neben den offiziellen Staatsbanken hat sich in China in den vergangenen Jahren ein „grauer Finanzmarkt“ herausgebildet. Die oft über Investmentfonds abgewinkelte Kreditvergabe erfolgt an den offiziellen Büchern vorbei und unterliegt damit keiner formalen Überwachung und Kontrolle. Nicht nur private Unternehmen, sondern auch verschiedene chinesische Kommunen greifen auf dieses Parallelsystem zurück, wenn sie keine Kredite von den Staatsbanken erhalten können. Es besteht damit eine enge Verzahnung zwischen staatlichen Einrichtungen und dem „Schattenbankensystem“. Befördert wird dieses einerseits durch die Hürden, an die staatlichen Kredite zu gelangen, andererseits dadurch, dass die Verzinsungsangebote der Investmentfonds deutlich höher liegen als die der Staatsbanken.

¹⁴ Vgl. Comments From Policymakers After G20 Meeting in Sydney, 23.2.2014, www.reuters.com/article/2014/02/23/g20-australia-idUSSYDYG2020140223 (28.8.2014).